

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

Fokus: Ein datengestützter Blick auf Entwicklungen und Strukturen der Langzeitarbeitslosigkeit und des Leistungsbezugs in Hessen

Inhaltsverzeichnis

1. Arbeitsmarkt in Hessen im Überblick	1
1.1 Beschäftigung	1
1.2 Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug	2
2. Langzeitarbeitslosigkeit und Leistungsbezug in Hessen	4
2.1 Langzeitarbeitslosigkeit.....	4
2.2 Leistungsbezug.....	8
2.3 Einbezug Langzeitarbeitsloser in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.....	12
3. Zusammenfassung.....	14

LAG Arbeit in Hessen e.V. in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG)

Autoren: Stefan Feldens und Philipp Fuchs

Der Bericht wurde wissenschaftlich unabhängig vom ISG verfasst.

Berichtsversion vom 07.12.2023

LAG Arbeit in Hessen e.V.
Kurmainzer Str. 6
65929 Frankfurt a. M.
E-Mail: info@lag-arbeit-hessen.de
www.lag-arbeit-hessen.de

Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG Köln)
Weinsbergstr. 190
50825 Köln
E-Mail: info@isg-institut.de
www.isg-institut.de

1. Arbeitsmarkt in Hessen im Überblick

1.1 Beschäftigung

Im Anschluss an den pandemiebedingten Rückgang im Jahr 2020 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig (kurz: sv-pflichtig) Beschäftigten in Hessen rasch wieder erholt. Im zweiten Quartal 2021 konnte das Vorkrisenniveau erreicht werden. Im März 2023 gingen insgesamt rund 2,74 Mio. Menschen in Hessen einer sv-pflichtigen Beschäftigung nach. Die Zahl liegt damit nahe am bisherigen Allzeithoch, das aus September 2022 stammt. Gegenüber März 2019 kann ein Zuwachs in Höhe von +4,3 % beobachtet werden, verglichen mit dem Vorjahr beläuft sich der Anstieg auf +1,5 %. Das zeitweise stark von der Pandemie betroffene Beschäftigungssegment der geringfügig entlohnten Beschäftigung hat im März 2023 etwa wieder das Niveau von März 2019 erreicht. Die einschlägige Zahl der Beschäftigten dieses Segments betrug rund 586.500 Personen. Im Vorjahresvergleich gab es einen relativ kräftigen Zuwachs in Höhe von +3,5 %.

Tabelle 1: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen und geringfügig entlohnten Beschäftigung in Hessen, März 2019 bis März 2023

	März 19	März 20	März 21	März 22	März 23	März 23 / März 19
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2.627.299	2.656.641	2.648.091	2.701.223	2.740.399	+4,3%
Vollzeit	1.872.648	1.882.479	1.876.228	1.905.457	1.931.220	+3,1%
Teilzeit	754.651	774.162	771.863	795.766	809.179	+7,2%
Frauen	1.192.148	1.207.304	1.205.135	1.230.773	1.249.011	+4,8%
Männer	1.435.151	1.449.337	1.442.956	1.470.450	1.491.388	+3,9%
Deutsche	2.207.124	2.213.821	2.200.288	2.222.866	2.230.235	+1,0%
Ausländer*innen	420.128	442.773	447.736	478.294	510.163	+21,4%
...aus den acht Asylherkunftsändern	33.654	39.594	41.881	48.290	53.191	+58,1%
...aus der Ukraine	3.950	4.143	4.372	4.751	10.351	+162,1%
Geringfügig entlohnte Beschäftigte	586.448	570.925	548.148	566.702	586.508	+/-0,0%
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	356.966	340.712	317.664	318.670	326.989	-8,4%
Im Nebenjob geringfügig entlohnte Beschäftigte	229.482	230.213	230.484	248.032	259.519	+13,1%
Frauen	346.501	334.538	317.297	326.202	334.387	-3,5%
Männer	239.947	236.387	230.851	240.500	252.121	+5,1%
Deutsche	481.995	467.445	446.118	458.078	468.391	-2,8%
Ausländer*innen	104.448	103.471	102.023	108.619	118.115	+13,1%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Länderreport über Beschäftigte – Deutschland, West/Ost und Länder (Quartalszahlen und Zeitreihen); Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit; verschiedene Jahre; Quartalsdaten jeweils zum Stichtag des 31.03. des Jahres.

Des Weiteren sind bezüglich der Beschäftigung folgende Aspekte nennenswert:

- Zwar fiel die Zuwachsdynamik zwischen März 2019 und 2023 bei Frauen im Rahmen der sv-pflichtigen Beschäftigung etwas stärker aus als bei Männern (+4,8 % gegenüber +3,9 %), anteilig machten Frauen aber zum Stand März 2023 lediglich 45,6 % aller sv-pflichtig Beschäftigten aus. Ferner übten Frauen ihre Beschäftigung nach wie vor deutlich häufiger in Teilzeit aus als Männer.
- Besonders unter Ausländer*innen (+21,4 %) sowie Menschen aus den acht Asylherkunftsändern (+58,1 %) ist die Zahl der sv-pflichtig Beschäftigten gegenüber März 2019 kräftig gestiegen. Im Zuge der kriegsbedingten Zuflucht von Menschen aus der Ukraine im Jahr 2022 ist auch bei dieser Personengruppe ein äußerst dynamischer Zuwachs zu beobachten (+162,1 %). Ausländer*innen trugen mit einem Anteil in Höhe von 18,6 % substantiell zum hessischen Beschäftigungsgeschehen bei. Jedoch fiel die Beschäftigungsquote bei Ausländer*innen nach wie vor spürbar niedriger aus als bei Deutschen (15- bis 65-Jährige zum Stand Dezember 2022: 52,7 % gegenüber 64,8 %). Ferner sind Ausländer*innen deutlich häufiger als Deutsche in eher instabilen, prekären und lohnschwachen Segmenten tätig.
- Die Teilzeitbeschäftigung (+7,2 %) wuchs im betrachteten Zeitraum wesentlich dynamischer als die Vollzeitbeschäftigung (+3,1 %). Die Teilzeit-Expansion ging dabei stärker auf Männer als auf Frauen zurück.
- Im Rahmen der geringfügig entlohnten Beschäftigung sanken die Zahlen bei Frauen (-3,5 %) und Deutschen (-2,8 %), wohingegen sich bei Männern (+5,1 %) und insbesondere bei Ausländer*innen (+13,1 %) eine konträre Entwicklung konstatieren lässt. An allen geringfügig entlohnten Beschäftigten

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

betrug der Frauenanteil 57,0 % (März 2019: 59,1 %). Der Anteil der Ausländer*innen belief sich auf 20,1 % (März 2019: 17,8 %).

- Während die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten zwischen März 2019 und 2023 stark gesunken ist (-8,4 %), gab es bei der Zahl der im Nebenjob geringfügig entlohnten Beschäftigten einen ausgeprägten Zuwachs (+13,1 %).

1.2 Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug

Nachdem die Arbeitslosigkeit im Zuge der Corona-Pandemie 2020/2021 relativ kräftig zulegte, entspannte sich die Situation bis zum Sommer 2022 wieder zusehends. Allerdings erhöhte sich die Arbeitslosigkeit daraufhin wieder recht stark. Betrachtet man den gleitenden Jahresdurchschnitt zwischen Dezember 2022 bis November 2023, dann bezifferte sich der Arbeitslosenbestand in Hessen auf knapp 180.100 Menschen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist er um +10,1 % (bzw. +16.500 Menschen) gestiegen, im Vergleich zu 2019 hat er sich um +20,3 % (bzw. +30.500 Personen) erhöht. Die Arbeitslosenquote belief sich im gleitenden Jahresdurchschnitt zwischen Dezember 2022 bis November 2023 auf 5,2 %. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum hat sie um +0,4 Prozentpunkte zugenommen, im Vergleich zu 2019 beläuft sich der Anstieg auf +0,8 Prozentpunkte. Sowohl der Arbeitslosenbestand als auch die Arbeitslosenquote liegen damit nach wie vor höher als vor der Pandemie. Aufgrund der ausgeprägten Arbeits- und Fachkräftengpässe halten sich die negativen Auswirkungen der Energiepreis- und Strukturkrise auf den Arbeitsmarkt zwar bisher noch in Grenzen, ein Warnsignal ist aber die seit Sommer 2022 wieder steigende Zahl der Langzeitarbeitslosen, wodurch eine Verfestigung an Arbeitslosigkeit droht.

Tabelle 2: Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquote in Hessen, 2019-2023

	2019	2020	2021	2022	2023	2023 / 19	2023 / 22
Arbeitslosenbestand: Gleitende Jahresdurchschnittswerte (Dez. des Vorjahres bis Nov. des angezeigten Jahres)							
Insgesamt	149.652	181.581	180.567	163.598	180.098	+20,3%	+10,1%
im SGB II-Rechtskreis	95.830	104.446	108.893	110.281	124.489	+29,9%	+12,9%
im SGB III-Rechtskreis	53.821	77.135	71.674	53.317	55.610	+3,3%	+4,3%
Frauen	67.254	80.276	81.282	76.381	85.141	+26,6%	+11,5%
Männer	82.397	101.304	99.284	87.217	94.958	+15,2%	+8,9%
15- bis 24-Jährige	14.957	18.729	17.169	15.264	17.447	+16,6%	+14,3%
55- bis 64-Jährige	28.473	34.043	36.391	33.599	48.766	+71,3%	+45,1%
Deutsche	93.017	111.227	109.741	93.196	95.009	+2,1%	+1,9%
Ausländer*innen	56.635	70.353	70.826	70.402	85.089	+50,2%	+20,9%
...aus den acht Asylherkunftsländern	18.834	23.014	23.418	21.724	24.795	+31,6%	+14,1%
...aus der Ukraine	487	565	567	7.470	17.291	+3.452,9%	+131,5%
Schwerbehinderte Menschen	10.999	11.986	12.149	10.877	10.943	-0,5%	+0,6%
Langzeitarbeitslose	47.673	51.519	66.251	59.984	61.471	+28,9%	+2,5%
Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen: Gleitende Jahresdurchschnittswerte (Dez. bis Nov.)							
Insgesamt	4,4%	5,3%	5,2%	4,8%	5,2%	+0,8PP	+0,4PP
Frauen	4,2%	5,0%	5,1%	4,8%	5,3%	+1,0PP	+0,5PP
Männer	4,6%	5,5%	5,4%	4,7%	5,2%	+0,6PP	+0,4PP
15 bis unter 25 Jahre	4,3%	5,3%	4,9%	4,4%	5,0%	+0,7PP	+0,6PP
55 bis unter 65 Jahre	4,4%	5,1%	5,2%	4,7%	4,9%	+0,5PP	+0,2PP
Deutsche	3,3%	3,9%	3,8%	3,3%	3,4%	+0,1PP	+0,1PP
Ausländer*innen	10,6%	12,5%	12,1%	11,7%	13,6%	+3,0PP	+1,9PP
Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße: Gleitende Jahresdurchschnittswerte (Juni bis Mai)							
Deutsche	3,9%	4,0%	4,9%	4,2%	3,9%	+/-0,0PP	-0,3PP
Ausländer*innen	11,2%	11,2%	13,6%	11,7%	13,1%	+1,9PP	+1,4PP
...aus den acht Asylherkunftsländern	31,7%	30,3%	33,6%	28,4%	27,8%	-3,9PP	-0,6PP
...aus der Ukraine	10,1%	10,3%	11,4%	9,4%	58,8%	+48,7PP	+49,4PP

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslose nach Rechtskreisen – Deutschland, West/Ost, Länder und Agenturen für Arbeit (Jahreszahlen/Monatszahlen); Arbeitslose und Arbeitslosigkeit – Zeitreihe (Monats-/Jahreszahlen); Arbeitsmarktreport – Länder, Kreise, Regionaldirektionen und Agenturen für Arbeit (Monatszahlen); Ausländer*innen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern und Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße: Migrationsmonitor (Monatszahlen); PP=Prozentpunkte.

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

Anzumerken ist, dass die reguläre Arbeitslosenstatistik nur Menschen umfasst, die gemäß einschlägiger Sozialgesetzgebung als arbeitslos gelten. Hierbei werden z. B. Teilnehmende an Maßnahmen der Arbeitsförderung, zeitweise arbeitsunfähige Menschen oder sv-pflichtig Beschäftigte in Kurzarbeit (deren Zahl in den letzten Monaten tendenziell zunimmt) nicht berücksichtigt. Die Zahl der Unterbeschäftigten im engeren Sinne umfasst zusätzlich zu Arbeitslosen auch an Eingliederungs- und Fördermaßnahmen partizipierende sowie kurzfristig arbeitsunfähige Menschen. Sie belief sich im gleitenden Jahresdurchschnitt zwischen Dezember 2022 bis November 2023 auf 237.400 und lag damit etwa 1,3-fach so hoch wie die statistisch erfasste Arbeitslosigkeit.

Mit Blick auf die Arbeitslosigkeit sind zudem folgende Aspekte erwähnenswert:

- Während sich der Arbeitslosenbestand im SGB III seit 2021 wieder stark verringerte und 2023 nur leicht über dem Niveau von 2019 bewegte (2023 gegenüber 2019: +3,3 %), gab es im SGB II zwischen 2019 und 2023 eine kräftige Zunahme. Gegenüber dem Basiszeitraum 2019 beträgt der Zuwachs +29,9 %, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Arbeitslosenzahl um +12,9 %. Auf Basis von Monatsdaten gab es seit September 2023 saisonbedingt zwar wieder einen leichten Rückgang, saisonbereinigte Daten deuten aber auf eine tendenziell weiter steigende Arbeitslosigkeit hin. 69,1 % aller Arbeitslosen entfielen im gleitenden Jahresdurchschnitt zwischen Dezember 2022 und November 2023 auf das SGB II.
- Die Zahl der arbeitslosen Ausländer*innen (+50,2 %) stieg zwischen 2019 und 2023 deutlich stärker als die Zahl der Arbeitslosen mit deutscher Staatsangehörigkeit (+2,1 %). Auch bei der Entwicklung im Vorjahresvergleich besteht zwischen beiden Gruppen ein merklicher Unterschied (Ausländer*innen: +20,9 %; Deutsche: +1,9 %). Bei 47,2 % aller von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen handelte es sich 2023 um Ausländer*innen. Gegenüber 2019 ist die Quote um etwa neun Prozentpunkte gestiegen.
- Die zuvor skizzierten Entwicklungen lassen sich maßgeblich auf den kriegsbedingten Zuzug von Menschen aus der Ukraine zurückführen, die seit Juni 2022 in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden. Im gleitenden Jahresdurchschnitt zwischen Dezember 2022 und November 2023 betrug die Zahl arbeitsloser Ukrainer*innen rund 17.300 Personen. Vor der kriegsbedingten Zuflucht waren es lediglich etwa 500 Menschen. Die Zahl ist damit etwa um das 36-fache gestiegen. Etwa jede zehnte arbeitslose Person hat mittlerweile eine ukrainische Staatsangehörigkeit.
- Auch die Zahl arbeitsloser Ausländer*innen aus den acht Asylherkunftsländern hat in der betrachteten Zeitspanne zugenommen. Im gleitenden Jahresdurchschnitt zwischen Dezember 2022 und November 2023 gab es knapp 24.800 arbeitslose Ausländer*innen aus den acht Asylherkunftsländern. Der Anteil an allen Arbeitslosen betrug 13,8 %. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum hat sich die entsprechende Arbeitslosenzahl um +14,1 % und im Vergleich zum Basiszeitraum 2018/2019 um +31,6 % erhöht.
- Bei Ausländer*innen fällt die Arbeitslosenquote im Gruppenvergleich mit Abstand am höchsten aus. Im gleitenden Jahresdurchschnitt zwischen Dezember 2022 und November 2023 betrug sie 13,6 %. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist sie um +1,9 Prozentpunkte gestiegen, im Vergleich zu 2019 beträgt der Zuwachs +3,0 Prozentpunkte. Ohne den beträchtlichen Zuzug von Menschen aus der Ukraine wäre die Arbeitslosenquote unter Ausländer*innen nicht so stark gestiegen.
- Rekurriert man auf Daten mit eingeschränkter Bezugsgröße, dann lässt sich für Ausländer*innen aus den acht Asylherkunftsländern im gleitenden Jahresdurchschnitt zwischen Juni 2022 und Mai 2023 eine Arbeitslosenquote in Höhe von 27,8 % konstatieren. Bei Menschen aus der Ukraine betrug sie 58,8 % (Ausländer*innen: 13,1 %; Deutsche: 3,9 %). Blickt man nur auf den aktuellsten Monat Mai 2023, dann lag die Arbeitslosenquote unter Personen der acht Asylherkunftsländer bei 28,9 % und unter Ukrainer*innen bei 57,5 %.
- Im gleitenden Jahresdurchschnitt zwischen Dezember 2022 und November 2023 gab es knapp 61.500 Langzeitarbeitslose. Gegenüber 2019 lässt sich ein kräftiger Anstieg der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Personen in Höhe von +28,9 % (bzw. 13.800 Menschen) feststellen. Im Vergleich zu 2022 nahm die Zahl um +2,5 % (bzw. 1.500 Personen) zu. Der Bestand an Langzeitarbeitslosen liegt deutlich über dem Vorkrisenniveau und weist überdies seit Juni 2023 eine steigende Tendenz auf. Zum Stand November 2023 war ferner über die Hälfte der Betroffenen länger als 24 Monate arbeitslos (52,5 %).
- Das Risikoprofil der Arbeitslosen im SGB II hat sich in qualifikatorischer Hinsicht in den letzten Jahren eher verschlechtert. Etwa vier von zehn Betroffenen haben keinen Schulabschluss (43,4 %), mehr als drei Viertel verfügen nicht über eine abgeschlossene (oder anerkannte) Berufsausbildung (76,9 %) (Stand: Oktober 2023). Hinzu kommen vermehrt Sprachdefizite durch die größer werdende Relevanz von Ausländer*innen mit jüngerer Zuwanderungsgeschichte innerhalb des Arbeitslosenbestands.

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

Im gleitenden Jahresdurchschnitt zwischen September 2022 und August 2023 wurden in Hessen rund 430.200 in Bedarfsgemeinschaften lebende Menschen registriert. Der Anteil an Ausländer*innen betrug 53,7 % und ist in den letzten fünf bis zehn Jahren stark gestiegen. Zwischen Mai und Juni 2022 kam es infolge der statistischen Erfassung ukrainischer Menschen zu einem sprunghaften Anstieg der Quote um rund sieben Prozentpunkte. Leistungen der Grundsicherung sind dabei nicht an den Status der Arbeitslosigkeit gebunden, sondern hängen primär mit der Bedürftigkeit zusammen, etwa im Falle von Ergänzer*innen, die zwar erwerbstätig sind, aber ergänzend SGB-II-Leistungen beziehen. Daher fällt die Zahl der Leistungsbeziehenden grundlegend höher aus als die Arbeitslosenzahl. Im betrachteten Zeitraum gab es rund 412.200 Menschen im Regelleistungsbezug und etwa 285.000 erwerbsfähige Menschen mit Leistungsbezug. Sechs von zehn Personen (58,6 %) der zuletzt genannten Personengruppe galten dabei als Langleistungsbeziehende, d. h. sie bezogen innerhalb von 24 Monaten mindestens in 21 Monaten Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Die Quote der SGB-II-Empfänger*innen (sog. SGB-II-Quote), die den Anteil hilfebedürftiger Personen in Relation zur Bevölkerung setzt, lag im Durchschnitt der angelegten Zeitspanne in Hessen bei 8,2 %. Gegenüber 2019 hat sie sich nicht verändert.

Tabelle 3: Entwicklung von Bedarfsgemeinschaften und Leistungsbeziehenden in Hessen, 2019-2023

Gleitende Jahresdurchschnittswerte Sept. des Vorjahres bis Aug. des angezeigten Jahres)	2019	2020	2021	2022	2023	2023 / 2019	2023 / 2022
Bedarfsgemeinschaften	203.846	199.448	201.933	191.963	205.439	+0,8%	+7,0%
mit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren	77.865	75.532	74.729	72.602	79.758	+2,4%	+9,9%
...mit 1 Kind / Jugendlichen unter 18 Jahren	34.254	32.653	32.118	31.020	35.128	+2,6%	+13,2%
...mit 2 Kindern / Jugendlichen unter 18 Jahren	25.326	24.721	24.493	23.809	25.841	+2,0%	+8,5%
...mit 3 und mehr Kindern / Jugendl. unter 18 Jahren	18.286	18.158	18.118	17.772	18.789	+2,8%	+5,7%
Personen in BG	425.700	416.602	418.941	401.025	430.227	+1,1%	+7,3%
Frauen	212.472	208.240	208.840	202.404	222.053	+4,5%	+9,7%
Männer	213.204	208.336	210.049	198.551	208.141	-2,4%	+4,8%
Deutsche	236.620	229.661	230.349	211.830	199.236	-15,8%	-5,9%
Ausländer*innen	189.040	186.907	188.573	189.187	230.982	+22,2%	+22,1%
unter 18-Jährige	149.351	145.974	144.764	141.506	153.898	+3,0%	+8,8%
Regelleistungsberechtigte (RLB)	408.947	399.082	400.648	382.635	412.249	+0,8%	+7,7%
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	280.979	275.039	279.087	265.290	284.986	+1,4%	+7,4%
Erwerbstätige ELB (sog. „Ergänzer*innen“)	75.680	70.118	65.470	63.104	49.831	-34,2%	-21,0%
Langleistungsbeziehende ELB*	186.983	183.409	180.158	175.903	167.131	-10,6%	-5,0%
Nichterwerbsfhige Leistungsberechtigte (NEF)	127.968	124.043	121.561	117.345	127.263	-0,6%	+8,5%
SGB II-Hilfequote	8,2%	8,0%	8,0%	7,7%	8,2%	+/-0,0PP	+0,5PP

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Strukturen der Grundsicherung SGB II – Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise (Zeitreihe Monats- und Jahreszahlen ab 2005); Berichte: Analyse Arbeitsmarkt – Grundsicherung für Arbeitsuchende (Monatszahlen); verschiedene Jahre; PP=Prozentpunkte. *Hinweis: Abweichender Zeitraum für gleitende Jahresdurchschnittswert für langleistungsbeziehende erwerbsfähige Leistungsberechtigte: jeweils Juli des Jahres bis Juni des angezeigten Jahres.

2. Langzeitarbeitslosigkeit und Leistungsbezug in Hessen

Im vorliegenden Report wird der Schwerpunkt auf Menschen gelegt, die langzeitarbeitslos sind und Leistungen der Grundsicherung bzw. des Bürgergeldes beziehen. Im Rahmen der Möglichkeiten, die sich aus den öffentlich zugänglichen Daten ergeben, werden einerseits zeitliche Entwicklungen und andererseits Merkmale der hier fokussierten Gruppen betrachtet. Zudem wird auf den Einbezug von Langzeitarbeitslosen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik geblickt.

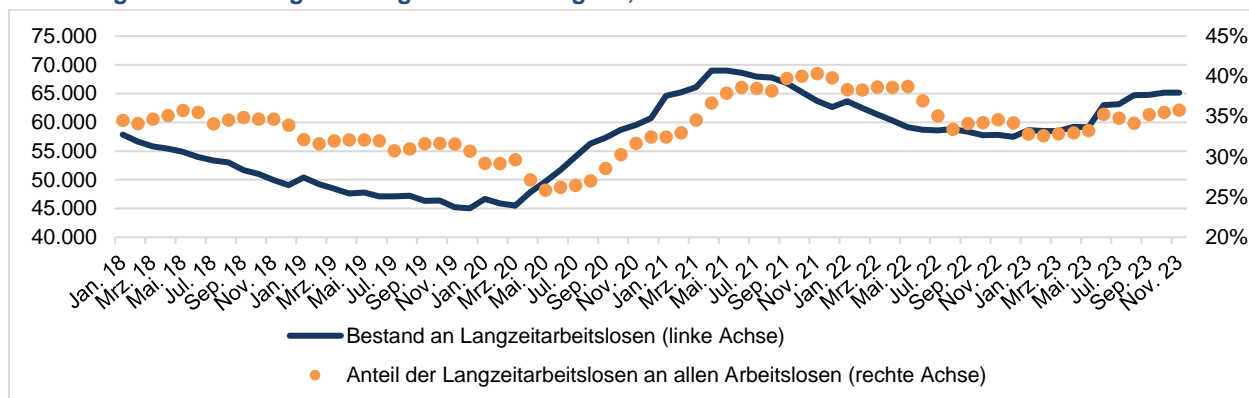
2.1 Langzeitarbeitslosigkeit

Als langzeitleios gelten Personen, wenn sie seit mindestens zwölf Monaten arbeitslos sind. Zwischen 2018 und 2023 hat die zeitliche Entwicklung der **Zahl der Langzeitarbeitslosen** in Hessen einen wellenförmigen Verlauf. Seit Ende 2019 lässt sich eine steigende Tendenz feststellen. Während sich der Langzeitarbeitslosenbestand im November 2019 auf rund 45.200 Personen belief,

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

umfasste er im November 2023 knapp 65.200 Menschen. Dies entspricht einem Zuwachs in Höhe von +44,1 % (bzw. +20.000 Personen). Die in dieser Zeitspanne beobachtbare Anstiegsdynamik fällt unter Langzeitarbeitslosen zudem deutlich kräftiger aus als bei Arbeitslosen insgesamt (+27,0 % bzw. +38.800). Parallel zu dieser Entwicklung hat sich der **Anteil der Langzeitarbeitslosen** am Gesamtbestand Arbeitsloser von 31,6 % auf 35,8 % erhöht (vgl. *Abbildung 1*).

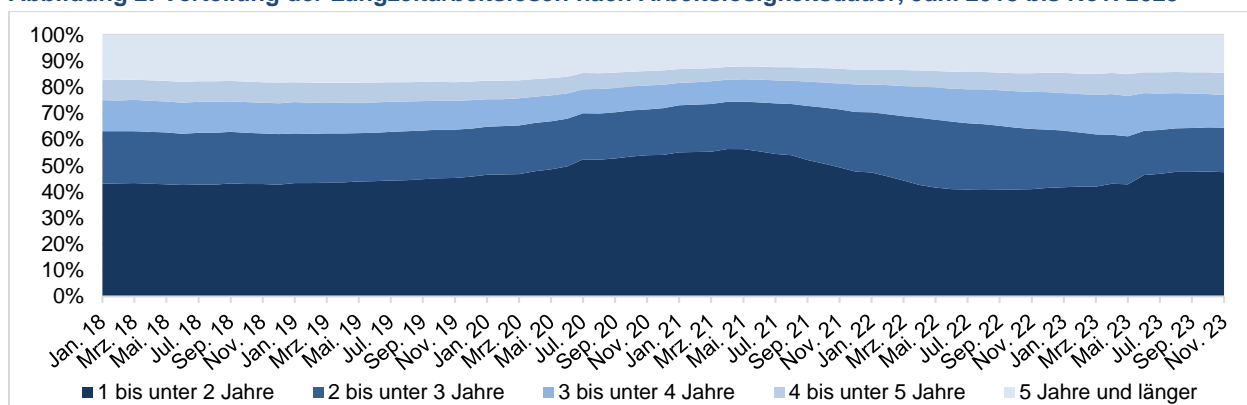
Abbildung 1: Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit, Januar 2018 bis November 2023



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Langzeitarbeitslosigkeit (Monatszahlen), Deutschland, Länder, Kreise und Jobcenter“.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit weist auch die **Dauer der Langzeitarbeitslosigkeit** aus (vgl. *Abbildung 2*). Wenn eine Unterbrechung nicht länger als sechs Wochen anhält, zählt die Dauer der Arbeitslosigkeit ungebrochen weiter. Die Länge der Arbeitslosigkeit ist als Indikator u. a. deshalb relevant, weil sich die Chancen für eine (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt mit zunehmender Dauer merklich eintrüben und es eine Verfestigung von Arbeitslosigkeit zu vermeiden gilt. Im November 2023 war knapp die Hälfte aller Langzeitarbeitslosen in Hessen weniger als zwei Jahre arbeitslos gemeldet (47,5 %). Gegenüber November 2019 hat sich der Anteil etwas erhöht (+2,3 PP), was insbesondere Folge des absoluten Anstiegs der Zahl (Langzeit-)Arbeitsloser ist. Annähernd ein Sechstel der betroffenen Personen galt gegen Ende 2023 seit zwei bis drei Jahren als langzeitarbeitslos (17,0 %). Im Vergleich zur Vorkrisenzeit ist der Anteil leicht gesunken (-1,5 PP). Rund ein Achtel war im November 2023 zwischen drei und vier Jahren arbeitslos (12,4 %), bei knapp jeder zwölften Person hält der Arbeitslosigkeitsstatus zwischen vier und fünf Jahren an (8,5 %). Beide Gruppen haben anteilig gegenüber November 2019 geringfügig an Relevanz hinzugewonnen (+1,4 PP bzw. +1,3 PP). Annähernd ein Siebtel war Ende 2023 seit mindestens fünf Jahren arbeitslos gemeldet (14,6 %). Im Vergleich zu November 2019 ist anteilig ein Rückgang (-3,5 PP) beobachtbar. Auf Basis absoluter Zahlen hat sich zwischen November 2019 und 2023 insbesondere die Zahl der Langzeitarbeitslosen stark erhöht, die seit drei bis vier Jahren (+63,0 %) sowie seit vier bis fünf Jahren (+71,2 %) arbeitslos gemeldet sind.

Abbildung 2: Verteilung der Langzeitarbeitslosen nach Arbeitslosigkeitsdauer, Jan. 2018 bis Nov. 2023



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Langzeitarbeitslosigkeit (Monatszahlen), Deutschland, Länder, Kreise und Jobcenter“.

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

Aus *Tabelle 4* ergibt sich ein Überblick, wie sich – jeweils im Abgleich zu allen Arbeitslosen – die Zahl der Langzeitarbeitslosen differenziert nach **unterschiedlichen Merkmalen** zwischen November 2019 und 2023 entwickelt hat. Bei Frauen (+46,5 %) nahm die Langzeitarbeitslosigkeit etwas stärker zu als bei Männern (+42,0 %). In allen drei betrachteten Altersgruppen gab es ähnlich starke Zuwächse bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen. Bei unter 35-Jährigen fiel der Anstieg mit +46,3 % vergleichsweise am höchsten aus. Zwar sind die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt relativ stark durch die fluchtgeprägte Zuwanderung von Menschen aus der Ukraine und auch den acht Asylherkunftsländern geprägt, allerdings umfasst der Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit auch Deutsche. Während die Zahl der Langzeitarbeitslosen unter Ausländer*innen im betrachteten Zeitraum um +84,4 % anstieg, nahm die Zahl unter Deutschen um +22,5 % zu. Bei Menschen aus den acht Asylherkunftsländern beträgt der Anstieg +101,5 %, womit eine Verdoppelung der Zahl gegenüber November 2019 konstatiert werden kann. In der angelegten Zeitspanne gab es zudem eine starke Zunahme an Langzeitarbeitslosen, die keinen Hauptschulabschluss (+70,8 %) und keine abgeschlossene (oder anerkannte) Berufsausbildung (+55,1 %) haben sowie höchstens für die Ausübung von Helfer-Tätigkeiten qualifiziert sind (+61,6 %). Bei weiteren vermittlungshemmenden Merkmalen wie etwa einer Schwerbehinderung (+12,3 %), einem geringen Qualifikationsniveau (+54,1 %) sowie einem Alleinerziehenden- (+41,8 %) und Berufsrückkehr-Status (+23,4 %) lassen sich ebenfalls relativ starke Anstiegsdynamiken beobachten. Insgesamt sowie bei allen betrachteten Teilgruppen ist die **Langzeitarbeitslosigkeit** zwischen November 2019 und 2023 **stärker gestiegen als die Arbeitslosigkeit**.

Tabelle 4: Langzeitarbeitslose nach Merkmalen, absolute Entwicklung zwischen November 2019 und 2023

	November 19		November 23		Nov 2023 / Nov 2019	
	Arbeitslose	Langzeitarbeitslose	Arbeitslose	Langzeitarbeitslose	Arbeitslose	Langzeitarbeitslose
Insgesamt	143.340	45.240	182.093	65.198	+27,0%	+44,1%
Geschlecht						
Männer	79.036	23.836	95.741	33.848	+21,1%	+42,0%
Frauen	64.304	21.404	86.352	31.350	+34,3%	+46,5%
Alter						
unter 35-Jährige	49.614	9.991	59.776	14.615	+20,5%	+46,3%
35- bis 54-Jährige	64.651	22.982	83.220	33.179	+28,7%	+44,4%
über 54-Jährige	29.031	12.227	39.054	17.368	+34,5%	+42,0%
Staatsangehörigkeit						
Deutsche	88.176	29.124	94.577	35.687	+7,3%	+22,5%
Ausländer*innen	54.814	16.000	87.511	29.511	+59,7%	+84,4%
...Ausländer*innen aus den acht Asylherkunftsländern	18.428	4.267	26.067	8.598	+41,5%	+101,5%
Qualifikations- und Anforderungsniveau						
ohne Hauptschulabschluss	33.652	13.861	50.894	23.672	+51,2%	+70,8%
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	83.605	29.706	116.538	46.079	+39,4%	+55,1%
maximal qualifiziert für Helfer-Tätigkeiten	64.925	23.472	92.256	37.938	+42,1%	+61,6%
Weitere vermittlungshemmende Merkmale						
schwerbehinderte Menschen	10.617	4.434	11.026	4.978	+3,9%	+12,3%
geringqualifiziert	87.335	30.828	119.965	47.508	+37,4%	+54,1%
alleinerziehend	10.980	4.660	14.906	6.606	+35,8%	+41,8%
berufsrückkehrend	1.409	278	1.364	343	-3,2%	+23,4%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Langzeitarbeitslosigkeit (Monatszahlen), Deutschland, Länder, Kreise und Jobcenter“.

Neben der Entwicklung der absoluten Zahlen ist ferner die **anteilige Zusammensetzung** der Langzeitarbeitslosen von Interesse. Sie ist – erneut im Abgleich zu allen Arbeitslosen – in *Tabelle 5* abgetragen. Zum Stand November 2023 beträgt der Frauenanteil an allen Langzeitarbeitslosen 48,1 %. Gegenüber November 2019 ist er geringfügig gestiegen (+0,8 PP). Unter 35-Jährige

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

machten 22,4 %, 35- bis 54-Jährige rund die Hälfte (50,9 %) und über 54-Jährige etwas mehr als ein Viertel (26,6 %) aller Langzeitarbeitslosen aus. Im Vergleich zu Ende 2019 gab es keine nennenswerten Verschiebungen bei der Altersstruktur. Fast die Hälfte aller Langzeitarbeitslosen hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (45,3 %). Im Vergleich zu November 2019 ist der Anteil um gut zehn Prozentpunkte gestiegen. Personen aus den acht Asylherkunftsländern machten Ende 2023 anteilig 13,2 % aller Langzeitarbeitslosen aus. Gegenüber November 2019 stieg die Quote um 3,8 Prozentpunkte. Zum Stand November 2023 hatten rund vier von zehn langzeitarbeitslosen Personen keinen Hauptschulabschluss (39,8 %). Etwa sieben von zehn Betroffene besaßen keine abgeschlossene (oder anerkannte) Berufsausbildung (71,6 %). Korrespondierend hierzu galten fast drei Viertel als geringqualifiziert (72,9 %) und kamen knapp zwei Drittel (64,0 %) maximal für die Ausübung von Helfer-Tätigkeiten infrage. Die **qualifikatorischen Vermittlungshemmnisse** haben unter Langzeitarbeitslosen in den letzten Jahren **zugenommen**. Rund jede zehnte langzeitarbeitslose Person war im November 2023 alleinerziehend, wobei es sich bei der Gruppe der Alleinerziehenden fast ausschließlich um Frauen handelt. Gegenüber Ende 2019 hat sich bei der Quote keine nennenswerte Veränderung eingestellt. Allen voran eine nicht ausreichende Betreuung von Kleinkindern stellt für arbeitslose Alleinerziehende (sowie Frauen mit mehreren Kleinkindern) eine Barriere für die Aufnahme einer (bedarfsdeckenden) Beschäftigung dar. Im Vergleich zu allen Arbeitslosen haben Langzeitarbeitslose ein höheres Alter und **ausgeprägtere bzw. komplexere Vermittlungshemmnisse**.

Tabelle 5: Langzeitarbeitslose nach Merkmalen, anteilige Entwicklung zwischen November 2019 und 2023

	November 19		November 23		Nov 2023 / Nov 2019	
	Arbeitslose	Langzeitarbeitslose	Arbeitslose	Langzeitarbeitslose	Arbeitslose	Langzeitarbeitslose
Geschlecht						
Männer	55,1%	52,7%	52,6%	51,9%	-2,6PP	-0,8PP
Frauen	44,9%	47,3%	47,4%	48,1%	+2,6PP	+0,8PP
Alter						
unter 35-Jährige	34,6%	22,1%	32,8%	22,4%	-1,8PP	+0,3PP
35- bis 54-Jährige	45,1%	50,8%	45,7%	50,9%	+0,6PP	+0,1PP
über 54-Jährige	20,3%	27,0%	21,4%	26,6%	+1,2PP	-0,4PP
Staatsangehörigkeit						
Deutsche	61,5%	64,4%	51,9%	54,7%	-9,6PP	-9,6PP
Ausländer*innen	38,2%	35,4%	48,1%	45,3%	+9,8PP	+9,9PP
...Ausländer*innen aus acht Asylherkunftsländern	12,9%	9,4%	14,3%	13,2%	+1,5PP	+3,8PP
Qualifikations- und Anforderungsniveau						
ohne Hauptschulabschluss*	26,4%	33,3%	32,6%	39,8%	+6,3PP	+6,5PP
ohne abgeschlossene Berufsausbildung*	59,3%	67,1%	65,0%	71,6%	+5,7PP	+4,5PP
maximal qualifiziert für Helfer-Tätigkeiten	49,2%	57,1%	56,1%	64,0%	+6,9PP	+6,9PP
Weitere vermittlungshemmende Merkmale						
schwerbehinderte Menschen	7,4%	9,8%	6,1%	7,6%	-1,4PP	-2,2PP
geringqualifiziert	60,9%	68,1%	65,9%	72,9%	+5,0PP	+4,7PP
alleinerziehend	7,7%	10,3%	8,2%	10,1%	+0,5PP	-0,2PP
berufsrückkehrend	1,0%	0,6%	0,7%	0,5%	-0,2PP	-0,1PP

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Langzeitarbeitslosigkeit (Monatszahlen), Deutschland, Länder, Kreise und Jobcenter“.
*Hinweis: Bei der Berechnung der Quoten wurde die Kategorie „ohne Angabe“ nicht berücksichtigt.

Auf Basis der anteiligen Betrachtung lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass es sich bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (hierunter auch Geflüchtete) und ohne ausreichende Deutschkenntnisse, Menschen mit fehlenden oder nicht-erkannten formalen Qualifikationen, Alleinerziehenden, Älteren und – häufig verbunden mit einem höheren Alter – bei Schwerbehin-

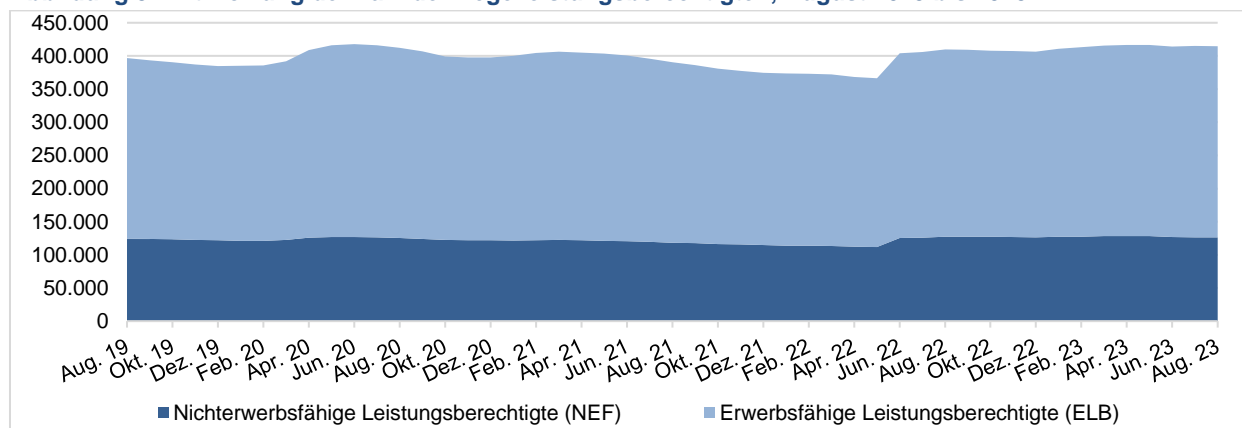
dernten um Gruppen handelt, die ein **stark erhöhtes Risiko für (Langzeit-)Arbeitslosigkeit** aufweisen. Zusätzlich zu nennen sind – statistisch nicht erfasste – Hemmnisse wie z. B. psychische und psychosomatische Beeinträchtigungen. Angesichts ihrer – auch multiplen – Vermittlungshemmnisse haben Langzeitarbeitslose eher trübe Aussichten auf eine (Wieder-)Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt, weswegen es mit Blick auf die Integration in das Arbeits- und Gesellschaftsleben **erheblicher Stabilisierungs- und (Nach-)Qualifizierungsanstrengungen** bedarf.

Die **Langzeitarbeitslosenquote**, die die Zahl langzeitarbeitsloser Personen in Relation zu zivilen Erwerbspersonen setzt, belief sich im November 2023 in Hessen auf 1,9 % (Deutschland: 2,0 %). Sie ist gegenüber November 2019 um 0,6 Prozentpunkte gestiegen.

2.2 Leistungsbezug

Nachfolgend wird auf die Gruppe der **Regelleistungsberechtigten (RLB)** mit Anspruch auf das Bürgergeld geblickt. Maßgeblich für diesen Anspruch ist nicht der (Langzeit-)Arbeitslosenstatus, sondern die Bedürftigkeit von Menschen und ein gesetzlich festgelegter Regelbedarf für die Bestreitung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Dementsprechend fällt die Zahl der RLB höher aus als die Zahl der (Langzeit-)Arbeitslosen.

Abbildung 3: Entwicklung der Zahl der Regelleistungsberechtigten, August 2019 bis 2023



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Strukturen der Grundsicherung SGB II (Zeitreihe Monats- und Jahreszahlen ab 2005)“.

Die **Gruppe der RLB** setzt sich zusammen aus **erwerbsfähigen (ELB)** und **nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (NEF)**. Anhand von *Abbildung 3* kann die entsprechende Entwicklung für den Zeitraum zwischen August 2019 und 2023 nachvollzogen werden. Die Zahl der RLB hat sich von 396.600 auf 415.000 Menschen erhöht. Dies entspricht einer eher moderaten Zuwachsrates in Höhe von +4,6 %. Im Sommer 2022 gab es einen sprunghaften Anstieg der Zahl der RLB infolge der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter in das Leistungssystem und der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Die Zahl der ELB hat sich in der betrachteten Zeitspanne um +6,1 % und die Zahl der NEF um +1,3 % erhöht. Zum Stand August 2023 handelte es sich bei 30,5 % aller RLB um NEF. In dieser Gruppe werden primär Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erfasst. 69,5 % aller RLB galten hingegen als erwerbsfähig und wurden dementsprechend in der Statistik als ELB ausgewiesen. Als erwerbsfähig gelten Personen dann, wenn sie nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande sind, mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Für die statistische Erfassung ist der Arbeitsvermittlungsstatus von ELB (arbeitslos, nichtarbeitslos arbeitssuchend, nichtarbeitsuchend) irrelevant.

Eine nach **Merkmale** differenzierte Betrachtung der **Gruppe der ELB** ermöglicht *Tabelle 6*. Für diese Darstellung lagen im Zuge der Reporterstellung Daten bis einschließlich Juli 2023 vor. Anders als bei der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit gibt es zwischen Deutschen und Ausländer*innen zwischen Juli 2019 und 2023 eine konträre Entwicklung. Während die Zahl der ELB mit deutscher

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

Staatsangehörigkeit im betrachteten Zeitraum sank (-12,0 %), nahm sie bei Personen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit zu (+23,7 %). Die gegenläufige Entwicklung beider Gruppen hält auch mit Blick auf die zurückliegenden sechs bis zwölf Monate an. Die Dynamik ist bei Ausländer*innen insbesondere auf die Fluchtzwanderung von Menschen aus der Ukraine zurückzuführen. Da diese stark durch Frauen (und ihre Kinder) geprägt war, stieg die Zahl der ELB bei Frauen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (+35,6 %) deutlich kräftiger an als bei der männlichen Vergleichsgruppe (+11,1 %). Der Anteil an Ausländer*innen an allen ELB bezifferte sich im Juli 2023 auf 56,1 % und hat sich gegenüber Juli 2019 um 8,6 Prozentpunkte erhöht. Infolge der Zuwanderungsspezifika handelt es sich bei der Mehrheit der ELB mittlerweile um Frauen (Anteil: 53,2 %). Der relativ starke Anstieg der Zahl der ELB, der sich zwischen Juli 2019 und 2023 bei Alleinerziehenden (+11,9 %) konstatieren lässt, ist ebenfalls eine Folge des ausgeprägten Zuzugs von Frauen mit Kindern aus der Ukraine. Der Blick auf die Altersgruppen zeigt, dass die Anstiegsdynamik bei über 54-Jährigen zwischen Juli 2019 und 2023 vergleichsweise am kräftigsten ausfiel (+11,7 %). Bei unter 25-Jährigen (+3,1 %) und 25- bis 54-Jährigen (+3,4 %) fielen die Zuwächse dagegen moderater aus. Beide Altersgruppen machten zusammengenommen 83,4 % aller ELB aus. Demnach waren im Juli 2023 mehr als vier Fünftel aller ELB höchstens 54 Jahre alt.

Tabelle 6: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Geschlecht und weiteren Merkmalen, Juli 2019 bis 2023

	Insgesamt			Frauen			Männer		
	Juli 2019	Juli 2023	Juli 23 / Juli 19	Juli 2019	Juli 2023	Juli 23 / Juli 19	Juli 2019	Juli 2023	Juli 23 / Juli 19
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	275.600	288.376	+4,6%	141.205	153.458	+8,7%	134.395	134.918	+0,4%
nach Merkmalen									
unter 25-Jährige	54.502	56.209	+3,1%	26.588	27.951	+5,1%	27.914	28.258	+1,2%
25- bis 54-Jährige	178.198	184.229	+3,4%	93.919	101.609	+8,2%	84.279	82.620	-2,0%
über 54-Jährige	42.900	47.938	+11,7%	20.698	23.898	+15,5%	22.202	24.040	+8,3%
Deutsche	143.867	126.632	-12,0%	73.662	62.441	-15,2%	70.205	64.191	-8,6%
Ausländer*innen	130.791	161.740	+23,7%	67.134	91.014	+35,6%	63.657	70.726	+11,1%
Alleinerziehende	37.065	41.481	+11,9%	34.796	39.114	+12,4%	2.269	2.367	+4,3%
nach Arbeitslosenstatus und Leistungsbezugsdauer									
Arbeitslose ELB	96.013	120.007	+25,0%	44.807	59.342	+32,4%	51.204	60.665	+18,5%
...Langzeitarbeitslose ELB	39.947	54.138	+35,5%	19.311	26.353	+36,5%	20.635	27.785	+34,6%
Nichtarbeitslose ELB	179.593	168.369	-6,2%	96.398	94.116	-2,4%	83.191	74.253	-10,7%
Langzeitleistungsbeziehende (LZB)	189.109	162.861	-13,9%	100.260	87.119	-13,1%	88.849	75.742	-14,8%
...seit mindestens 4 Jahren	103.222	102.903	-0,3%	-	57.506	-	-	45.397	-
ELB-Quote	6,6%	6,9%	+0,3PP	6,9%	7,4%	+0,5PP	6,4%	6,4%	+/-0,0PP

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Frauen und Männer“, „Strukturen der Grundsicherung SGB II (Zeitreihe Monats- und Jahreszahlen ab 2005)“ und „Langzeitleistungsbeziehende (LZB) (Monatszahlen)“; jeweils Ausgabe für Hessen; für ELB-Quote: „SGB II-Hilfequoten (Monats- und Jahreszahlen) – Zeitreihe“.

Auch zum **Arbeitslosenstatus** und zur **Leistungsbezugsdauer** der ELB liegen Informationen vor. Während die Zahl arbeitsloser sowie langzeitarbeitsloser ELB zwischen Juli 2019 und 2023 zunahm (+25,0 % bzw. +35,5 %), gab es bei der Zahl nichtarbeitsloser ELB einen Rückgang (-6,2 %). Im Juli 2023 handelte es sich bei 41,6 % der ELB um arbeitslose und bei 58,4 % um nichtarbeitslose Personen. In die zuletzt genannte Gruppe fallen z. B. Menschen in ungeförderter Erwerbstätigkeit, in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, in Schule, Studium, ungeförderter Ausbildung oder in Care-Arbeit. **Langzeitleistungsbeziehende (LZB)** sind Personen, die in einem Zeitraum von 24 Monaten in mindestens 21 Monaten Leistungen bezogen. Ihre Zahl ist in der betrachteten Zeitspanne um -13,9 % zurückgegangen. Der Anteil der LZB an allen ELB lag im Juli 2023 bei 56,5 % und hat sich gegenüber Juli 2019 um 12,1 Prozentpunkte reduziert. Die Zahl der LZB, die seit mehr als vier Jahren im Leistungsbezug stehen, hat sich im Gegensatz zur Gesamtzahl der LZB in den letzten Jahren nicht merklich reduziert.

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit weist auch die **ELB-Quote** aus. Sie gibt an, wie hoch der Anteil von ELB an der altersgleichen Bevölkerung ist. In Hessen lag die ELB-Quote im Juli 2023 bei 6,9 % (Deutschland: 7,2 %). Bei Frauen (7,4 %) fiel sie etwas höher aus als bei Männern (6,4 %) und bei Ausländer*innen (17,7 %) lag sie deutlich höher als bei Deutschen (3,8 %). Zu beachten ist, dass die ELB-Quote **derzeit nur eine begrenzte Aussagekraft** hat. Sie ist nämlich spätestens seit Juni 2022 statistisch überzeichnet, da in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit für den Nenner der Quote nach wie vor der Bevölkerungsstand vom 31.12.2021 zugrunde gelegt wird. Seither ist die Bevölkerung durch den starken Zuzug von Menschen aus dem Ausland kräftig gewachsen. Diese Dynamik bildet der ELB-Quotenwert noch nicht ab.

Tabelle 7: Arbeitsuchende ELB nach Schulbildung und beruflicher Qualifikation, August 2019 bis 2023

	Aug. 19	Aug. 20	Aug. 21	Aug. 22	Aug. 23	Aug. 23 / Aug. 19
Arbeitsuchende erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	176.777	195.729	186.490	193.201	202.033	+14,3%
Anteil arbeitsuchender ELB an allen ELB	65,0%	68,2%	68,5%	68,5%	70,0%	+5,0PP
nach Schulbildung						
ohne Hauptschulabschluss	56.558	63.711	62.055	66.724	71.999	+27,3%
Hauptschulabschluss	51.231	53.904	51.612	47.647	47.277	-7,7%
Mittlere Reife	24.560	27.222	26.275	26.169	27.464	+11,8%
(Fach-)Hochschulreife	24.310	27.448	25.121	26.383	29.949	+23,2%
ohne Angabe	20.118	23.444	21.427	26.278	25.344	+26,0%
nach beruflicher Qualifikation						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	128.647	143.369	137.312	143.874	150.525	+17,0%
Betriebliche/schulische Ausbildung	38.878	42.003	40.145	37.940	38.194	-1,8%
Akademische Ausbildung	7.568	8.809	7.844	9.716	11.484	+51,7%
ohne Angabe	1.684	1.548	1.189	1.671	1.830	+8,7%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Strukturen der Grundsicherung SGB II (Zeitreihe Monats- und Jahreszahlen ab 2005)“.

Für **arbeitsuchende ELB**, die sich als statistische Gruppe aus arbeitslosen *und* nichtarbeitslosen ELB zusammensetzt, werden die **Schulbildung** und **berufliche Qualifikation** ausgewiesen. Die entsprechenden Daten lagen bis zum Monat August 2023 vor und sind in *Tabelle 7* abgetragen. Im August 2023 gab es rund 202.000 arbeitsuchende ELB, womit der Anteil an allen ELB 70,0 % betrug. Gegenüber August 2019 ist der Anteil um fünf Prozentpunkte gestiegen. Mit Blick auf die Schulbildung können bei allen Abschlussarten mit Ausnahme des Hauptschulabschlusses Anstiege der Zahl arbeitsuchender ELB konstatiert werden. Den kräftigsten Zuwachs gab es gegenüber August 2019 bei Personen ohne Hauptschulabschluss (+27,3 %), gefolgt von Personen ohne Angabe (+26,0 %) und mit (Fach-)Hochschulreife (+23,2 %). Hinsichtlich der beruflichen Qualifikation gab es eine sehr dynamische Zunahme bei Menschen mit akademischer Ausbildung (+51,7 %), gefolgt von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (+17,0 %). Vermutlich hängen die starken Anstiege bei Personen mit (Fach-)Hochschulreife und akademischer Ausbildung zu einem Gutteil mit der sukzessiven Anerkennung von Abschlüssen von durchschnittlich eher gut ausgebildeten Menschen aus der Ukraine zusammen. Anteilig betrachtet verfügte mehr als ein Drittel aller arbeitsuchenden ELB nicht über einen Hauptschulabschluss (35,6 %). Ferner hatten rund drei Viertel keine abgeschlossene (oder anerkannte) Berufsausbildung (74,5 %). Im Vergleich zu August 2019 haben sich beide Quotenwerte um rund drei bis vier Prozentpunkte erhöht. Ähnlich wie anhand der Betrachtung der Langzeitarbeitslosen resultiert auch aus dem Blick auf arbeitsuchende ELB die zentrale Implikation ausgeprägter **(Nach-)Qualifizierungserfordernisse**, um deren Humanpotenziale besser ausschöpfen zu können.

Unter den **ELB** befinden sich auch Menschen, die einer **Erwerbstätigkeit** nachgehen und als **Ergänzer*innen** bezeichnet werden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Menschen, die zum einen Bürgergeldleistungen durch Einkommen aus Minijobs ergänzen (*Erwerbseinkommen*

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

als *Zusatzeinkommen*) und zum anderen nicht bedarfsdeckende Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung oder Selbständigkeit mit Leistungen auffüllen, um das Grundsicherungsniveau zu erreichen (*Bürgergeld als Zusatzeinkommen*).¹ Merkmalsdifferenzierte Daten lagen zur Reporterstellung bis zum Monat April 2023 vor und sind in *Tabelle 8* ersichtlich. Im April 2023 gab es 58.800 Menschen, die Leistungen bezogen und einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Gegenüber April 2019 ist die Zahl recht stark zurückgegangen (-21,4 %). Der Anteil der Ergänzer*innen an allen ELB lag im Frühjahr 2023 bei 20,4 % und ist binnen der betrachteten Zeitspanne um 6,1 Prozentpunkte gesunken. Lediglich etwa jede neunte Person ging zum Stand April 2023 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Vollzeit nach (10,9 %). Für diese Gruppe dürften Niedriglöhne ursächlich dafür sein, dass trotz umfänglicher Erwerbsarbeit im Haushaltskontext eine Hilfebedürftigkeit besteht. Zusammengenommen waren rund zwei Drittel in Teilzeit sozialversicherungspflichtig (34,1 %) und ausschließlich geringfügig (32,3 %) beschäftigt. Bei nur wenigen Menschen handelte es sich um Selbständige (7,4 %) und Auszubildende (6,1 %). Auf Basis absoluter Zahlen lassen sich im Zeitverlauf bei allen Erwerbstätigkeitsformen mit Ausnahme der Selbständigkeit Rückgänge beobachten. Als einzige Erwerbstätigkeitsform gab es in der kurzen Frist zwischen April 2022 und 2023 bei der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung einen Zuwachs (+6,5 %). Im April 2023 handelte es sich bei 48,5 % um Frauen, bei 10,5 % um unter 25-Jährige sowie bei 54,0 % um Ausländer*innen.

Tabelle 8: Erwerbstätige ELB nach Erwerbstätigkeitsart und verschiedenen Merkmalen, April 2019 bis 2023

	Apr. 19	Apr. 20	Apr. 21	Apr. 22	Apr. 23	Apr. 23 / Apr. 19
Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	74.854	70.434	64.263	61.378	58.812	-21,4%
Anteil erwerbstätiger ELB an allen ELB	26,5%	24,9%	22,7%	24,0%	20,4%	-6,1PP
nach Art der Erwerbstätigkeit						
in Vollzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt	9.302	8.680	8.068	7.351	6.431	-30,9%
in Teilzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt	26.795	24.816	22.491	22.296	20.065	-25,1%
in Ausbildung	5.182	5.069	4.898	4.180	3.592	-30,7%
ausschließlich geringfügig beschäftigt	22.906	18.264	18.008	17.836	18.991	-17,1%
selbständig	4.303	4.949	5.458	4.745	4.339	+0,8%
nach Merkmalen						
Männer	38.491	36.409	34.009	32.505	30.269	-21,4%
Frauen	36.363	34.025	30.254	28.873	28.543	-21,5%
unter 25-Jährige	8.683	6.547	6.964	7.983	6.173	-28,9%
Deutsche	38.427	35.917	32.283	29.867	27.066	-29,6%
Ausländer*innen	36.427	34.517	31.980	31.511	31.746	-12,9%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Monats- und Jahreszahlen), Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise“.

Wie bei RLB sind die Entwicklungen bei **Bedarfsgemeinschaften (BG)** relativ stark durch die Fluchtzuwanderung von Menschen aus der Ukraine geprägt, deren statistische Berücksichtigung im Leistungssystem im Sommer 2022 begann. Im August 2023 gab es in Hessen rund 206.800 **BG** und knapp 79.400 BG, in denen unter 18-jährige Kinder und Jugendliche lebten. Gegenüber August 2019 ist die Zahl jeweils um +4,7 % bzw. absolut um knapp 9.300 (BG insgesamt) und etwa 3.600 (BG mit unter 18-Jährigen) gestiegen. Der Anteil von BG mit unter 18-Jährigen an allen BG bezifferte sich im August 2023 auf 38,4 % und hat sich gegenüber August 2019 nicht verändert. Blickt man auf den Haushaltskontext der BG, dann lässt sich vor allem bei **Alleinerziehenden-BG** ein dynamischer Zuwachs (+12,4 %) beobachten. **Frauen** leben dabei wesentlich häufiger als Männer in Alleinerziehenden-BG. Während zum Stand Juli 2023 lediglich etwa 7 %

¹ In der öffentlich-medialen Berichterstattung wird diese Gruppe oft fälschlicherweise als „Aufstocker*innen“ bezeichnet. Gemäß der Definition der Statistik der Bundesagentur für Arbeit handelt es sich bei Aufstocker*innen um Menschen, die zusätzlich zum Arbeitslosengeld auch Bürgergeld erhalten, weil die Arbeitslosengeldansprüche nicht zur Deckung des Grundsicherungsniveaus ausreichen.

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

aller ELB-Männer in Alleinerziehenden-BG wohnten, traf dies auf gut 30 % aller ELB-Frauen zu. Diese Verteilung resultiert daraus, dass es sich – ebenfalls zum Stand Juli 2023 – bei 94,3 % aller ELB-Alleinerziehenden um Frauen handelte (vgl. hierzu auch Tabelle 6).

Tabelle 9: Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltskontext, August 2019 bis 2023

	Aug. 19	Aug. 20	Aug. 21	Aug. 22	Aug. 23	Aug. 23 / Aug. 19
Bedarfsgemeinschaften (BG)	197.500	207.833	196.969	204.283	206.762	+4,7%
nach Anzahl der Kinder						
mit 1 Kind unter 18 Jahren	33.006	33.493	31.285	35.495	34.873	+5,7%
mit 2 Kindern unter 18 Jahren	24.692	25.276	24.012	26.253	25.547	+3,5%
mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	18.074	18.428	17.963	18.592	18.937	+4,8%
<i>Anteil an BG mit unter 18-Jährigen</i>	<i>38,4%</i>	<i>37,1%</i>	<i>37,2%</i>	<i>39,3%</i>	<i>38,4%</i>	<i>+/-0,0PP</i>
nach Haushaltskontext						
Single-BG	100.763	108.066	102.559	102.568	105.402	+4,6%
Alleinerziehende-BG	37.266	37.361	35.787	43.272	41.881	+12,4%
Partner-BG ohne Kinder	17.028	18.303	17.121	17.142	17.340	+1,8%
Partner-BG mit Kindern	37.788	39.366	36.980	36.532	36.927	-2,3%
Nicht zuordenbare BG	4.638	4.709	4.480	4.737	5.181	+11,7%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Strukturen der Grundsicherung SGB II (Zeitreihe Monats- und Jahreszahlen ab 2005)“.

In Abhängigkeit vom Haushaltskontext ergeben sich unterschiedliche **Regelbedarfe** und **Haushaltsbudgets**: Im Juni 2023 betrug der Regelbedarf einer BG in Hessen laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Durchschnitt 1.481 Euro. Bei Alleinerziehenden-BG belief sich der Betrag im Mittel auf 1.871 Euro, bei Partner-BG mit Kindern lag er im Schnitt bei 2.640 Euro. Die Haushaltsbudgets fallen nach Berücksichtigung angerechneter und verfügbarer Einkommen geringfügig höher aus. Die Regelbedarfe und Haushaltsbudgets steigen grundsätzlich mit der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder und enthalten auch die Wohnkosten. Neben Erwerbshemmnissen wie z. B. einer ausgeprägten Care-Arbeit im Zusammenspiel mit fehlender Kinderbetreuung, sprachlichen Barrieren insbesondere bei Neuzugewanderten, gesundheitlichen Einschränkungen oder krisenhaften Lebenssituationen könnten auch ökonomische (Fehl-)Anreize eine Rolle dabei spielen, inwieweit ELB ihr Arbeitsangebot aus dem Bürgergeld heraus ausdehnen können bzw. wollen.² Aufgrund einer ausbaufähigen Studien- und Befundlage kann allerdings (noch) nicht stichhaltig darüber befunden werden, welche Effekte bei welchen Personengruppen auf welche Art und Weise wirken und welche Implikationen die Bürgergeldreform für Übergänge in bedarfsdeckende und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse oder vorgelagerte Stabilisierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen hat. Ungeachtet dieser aktuell zwar kontrovers debattierten, aber nicht zufriedenstellend beantwortbaren Frage dürfte es aber unstrittig sein, dass ELB und (Langzeit-)Arbeitslose nach Kräften motiviert, gefördert und (nach-)qualifiziert werden sollten, damit die Betroffenen und ihre Kinder bessere Perspektiven bezüglich der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in den Arbeitsmarkt entwickeln und ihre Bedürftigkeit beenden können.

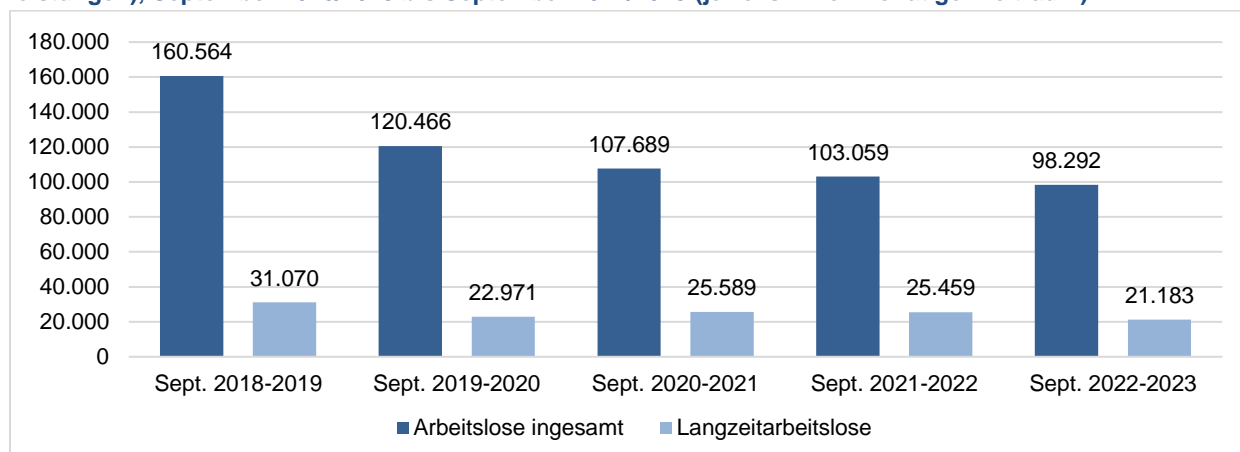
2.3 Einbezug Langzeitarbeitsloser in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Zu guter Letzt wird der Einbezug Langzeitarbeitsloser in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik im SGB-II-Rechtskreis betrachtet. Erneut werden die einschlägigen Entwicklungen mit denjenigen aller Arbeitslosen verglichen.

² Im Zusammenhang mit Regelbedarfshöhen und Anrechnungsregeln bei Erwerbseinkommen ergeben sich z. B. für Mehrpersonen-BG mit Kindern und niedrigem Qualifikationsniveau (und entsprechend eher geringen Verdienstperspektiven) sowie Wohnsitzen in Ballungsräumen (mit entsprechend eher hohen Wohnkosten) ungünstige Ausgangs- und Anreizsituationen. Über geschmälerte ökonomische Erwerbsanreize im Kontext hoher Wohnkosten gibt folgender IAB-Beitrag interessante Einblicke: <https://www.iab-forum.de/grundsicherung-fuer-arbeitsuchende-hohe-kosten-der-unterkunft-koennen-die-integration-in-den-arbeitsmarkt-erschweren/>. Aufgrund gestiegener Wohnkosten ist der Anteil der Kosten der Unterkunft (KdU) am Arbeitslosengeld II bzw. Bürgergeld in den letzten Jahren stark gestiegen. Im Falle der Aufnahme einer niedrig entlohnten Vollzeitbeschäftigung kompensieren geringe Arbeits-einkommen den Wegfall von KdU-Ansprüchen – trotz (jüngst ebenfalls reformierter) Wohngeldleistungen für Erwerbstätige – nicht hinreichend. Die ökonomischen Anreize zur Aufnahme einer vollumfänglichen Erwerbsarbeit sind daher eher gering.

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

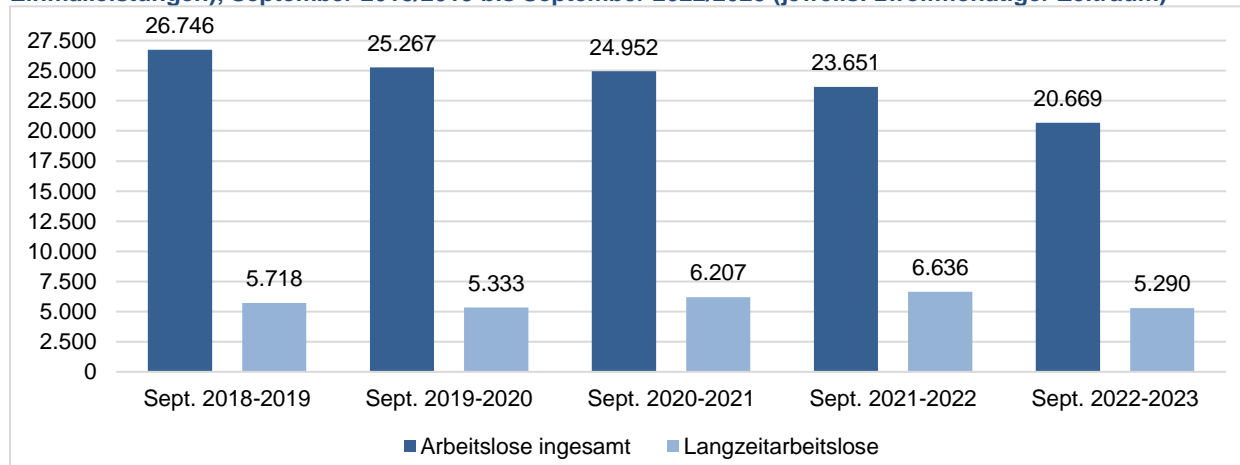
Abbildung 4: Summe an Zugängen in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im SGB-II-Rechtskreis (mit Einmalleistungen), September 2018/2019 bis September 2022/2023 (jeweils: zwölfmonatiger Zeitraum)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Langzeitarbeitslosigkeit (Monatszahlen), Deutschland, Länder, Kreise und Jobcenter“.

Begonnen wird mit den **Neueintritten** von Fällen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, welche für den Zeitraum zwischen 2018 und 2023 in *Abbildung 4* jeweils als Jahres- bzw. 12-Monatssummen zwischen September bis August abgetragen sind. Sowohl bei Arbeits- als auch bei Langzeitarbeitslosen lag die Jahressumme an Zugängen in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 2022/2023 deutlich niedriger als 2018/2019 und damit vor der Corona-Pandemie. Bei Arbeitslosen reduzierte sich die Zahl von rund 160.600 auf etwa 98.300 Fälle, was einem Rückgang von -38,8 % entspricht. Bei Langzeitarbeitslosen sank die Zahl von knapp 31.100 auf rund 21.200 Fälle, was einer Schmälerung um -31,8 % gleichkommt. Bei Langzeitarbeitslosen kam es zwischen 2021 und 2022 zwar zu einer leichten Erholung, von 2022 auf 2023 ließen die Förderaktivitäten aber wieder stark nach. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den jahressummierten Zugängen 2022/2023 lag bei 21,6 % und ist gegenüber 2018/2019 um 2,2 Prozentpunkte gestiegen. Der Grund für den moderaten anteiligen Zuwachs liegt allein darin begründet, dass die Gesamtzahl neu geförderter Arbeitsloser noch stärker zurückging als bei Langzeitarbeitslosen.

Abbildung 5: Durchschnittlicher Bestand in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im SGB-II-Rechtskreis (mit Einmalleistungen), September 2018/2019 bis September 2022/2023 (jeweils: zwölfmonatiger Zeitraum)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Langzeitarbeitslosigkeit (Monatszahlen), Deutschland, Länder, Kreise und Jobcenter“.

Nach demselben Schema zeigt *Abbildung 5* die Entwicklung der jahresdurchschnittlichen **Bestände** in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Auch hier lassen sich bei Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen zwar Rückgänge beobachten, sie fallen mit -22,7 % bzw. -7,5 % gegenüber den Neuzugängen aber moderater aus. Bei Langzeitarbeitslosen führte die Corona-Pandemie im Förderbestand nicht zu einem Rückgang. In der kurzen Frist flaute der Bestand geförderter Langzeitarbeitslose jedoch recht stark ab. Belief er sich 2021/2022 durchschnittlich noch auf rund

Arbeitsmarkt in Hessen: Ausgabe für 4. Quartal 2023

6.600 Fälle, umfasste er 2022/2023 im Mittel nur noch etwa 5.290 Fälle. Dies entspricht einer Abnahme um -20,3 %. Bei allen Arbeitslosen hält die Rückgangsdynamik beim Förderbestand im betrachteten Zeitraum ungebrochen an. Der Anteil Langzeitarbeitsloser am durchschnittlichen Förderbestand 2022/2023 belief sich auf 25,6 % und hat aus denselben Gründen wie bei den Neuzugängen in den letzten Jahren um 4,2 Prozentpunkten zugenommen.

Tabelle 10: Entwicklung der Zugänge und Bestände von Langzeitarbeitslosen im SGB-II-Rechtskreis (mit Einmalleistungen) differenziert nach arbeitsmarktpolitischen Maßnahmenarten, 2018/19 bis 2022/23

Zugang = Jahressumme Bestand = Jahresdurchschnitt	2018/2019		2022/2023		2018/19 gegenüber 2022/23	
	Zugang	Bestand	Zugang	Bestand	Zugang	Bestand
Aktivierung und berufliche Eingliederung	26.652	3.678	17.165	2.984	-35,6%	-18,9%
Berufswahl und Berufsausbildung	89	123	75	101	-15,7%	-17,9%
Berufliche Weiterbildung	1.082	511	1.253	621	+15,8%	+21,6%
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	954	532	1.018	546	+6,7%	+2,6%
Besondere Maßnahmen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	21	19	21	18	+/-0,0%	-3,6%
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	1.757	740	1.053	847	-40,1%	+14,6%
Freie Förderung	515	117	598	173	+16,1%	+48,4%
Insgesamt	31.070	5.718	21.183	5.290	-31,8%	-7,5%

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, „Langzeitarbeitslosigkeit (Monatszahlen), Deutschland, Länder, Kreise und Jobcenter“.

Hinsichtlich der Relevanz arbeitsmarktpolitischer **Maßnahmenarten im SGB-II-Rechtskreis** zeigt sich, dass sowohl für Arbeits- als auch für Langzeitarbeitslose Maßnahmen zur „Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ quantitativ bzw. anteilig betrachtet die mit Abstand größte Bedeutung haben (vgl. *Tabelle 10*). In diesem Maßnahmenbereich steht die Heranführung an den Arbeitsmarkt sowie die Reduzierung von Vermittlungshemmnissen im Vordergrund. Im Zeitraum 2022/2023 entfielen 80,7 % (Arbeitslose) bzw. 81,0 % (Langzeitarbeitslose) der aufsummierten Eintritte auf diesen Bereich. Im Rahmen des durchschnittlichen Förderbestands 2022/2023 beliefen sich die entsprechenden Anteilswerte auf 50,7 % (Arbeitslose) bzw. 56,4 % (Langzeitarbeitslose). Mit weitem Abstand folgen die Maßnahmenarten „Beschäftigung schaffende Maßnahmen“, „Aufnahme einer Erwerbstätigkeit“ sowie „Berufliche Weiterbildung“.

Obwohl einer im Zuge der Corona-Pandemie und auch jüngst wieder gestiegenen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit ist bisher **keine nachhaltige Trendwende** bei Neuzuweisungen in Fördermaßnahmen sowie bei Förderbeständen auszumachen. Angesichts der Tatsache, dass etwa ein Drittel aller Arbeitslosen in Hessen und fast die Hälfte im Rahmen des SGB-II-Rechtskreises als langzeitarbeitslos gelten, ist der **Fördereinbezug Langzeitarbeitsloser eher unterproportional**.

3. Zusammenfassung

In diesem Report lag der Schwerpunkt auf Entwicklungen und Strukturen der Langzeitarbeitslosigkeit und des Leistungsbezugs in Hessen. Angesichts der Wirtschaftsschwäche verhält sich der Arbeitsmarkt in Hessen (und Deutschland) zwar insgesamt noch relativ robust, zu denken gibt allerdings der **kräftige Anstieg der Zahl der Langzeitarbeitslosen**, welcher zwischen November 2019 und 2023 in Hessen (wie bundesweit) wesentlich dynamischer verlief als bei der Gesamtzahl der Arbeitslosen (+44,1 % gegenüber +27,0 %). Die **Langzeitarbeitslosenquote** bezifferte sich im November 2023 in Hessen auf 1,9 % (Bundesgebiet: 2,0 %) und ist im Vergleich zum November 2019 um 0,6 Prozentpunkte gestiegen. Aus der Betrachtung der **Merkmalsstruktur der Langzeitarbeitslosen** resultierte, dass es sich – zum Stand November 2023 – bei knapp der Hälfte um Frauen und Ausländer*innen und bei fast drei Vierteln um unter 54-Jährige handelte. Etwa jede zehnte langzeitarbeitslose Person war alleinerziehend. Ferner hatten rund vier

von zehn Betroffene keinen Hauptschulabschluss und etwa sieben von zehn Fälle keine abgeschlossene (oder anerkannte) Berufsausbildung. Rund drei Viertel galten als geringqualifiziert und knapp zwei Drittel hatten ein Qualifikationsniveau, das die Ausübung von Helfer-Tätigkeiten ermöglicht. Allen voran die **sprachlichen und qualifikatorischen Vermittlungshemmnisse** haben unter Langzeitarbeitslosen in den letzten Jahren – auch infolge der fluchtgeprägten Zuwanderung – **zugenommen**. Im Vergleich zu allen Arbeitslosen zeichnen sich Langzeitarbeitslose durch ein höheres Alter sowie **ausgeprägtere bzw. komplexere Vermittlungshemmnisse** aus.

Die jüngere Entwicklung im Kontext des Leistungsbezugs ist stark durch die kriegsbedingte Fluchtzuwanderung von Menschen aus der Ukraine geprägt. Im August 2023 gab es in Hessen rund 415.000 **Regelleistungsberechtigte (RLB)**, wobei 69,5 % aller Betroffenen als erwerbsfähig galten und in der Statistik entsprechend als **erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)** erfasst wurden. Im Unterschied zur Zahl der (Langzeit-)Arbeitslosen gab es zwischen Deutschen (-12,0 %) und Ausländer*innen (+23,7 %) zwischen Juli 2019 und 2023 eine konträre Entwicklung bei der Zahl der ELB. Angesichts der Zuwanderungsspezifika hat sich bei den ELB vor allem die Zahl der Frauen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sowie die Zahl der Alleinerziehenden stark erhöht. Zum Stand April 2023 handelte es sich bei rund einem Fünftel aller ELB um **Ergänzer*innen**, die per Definition zeitgleich Bürgergeldleistungen beziehen und einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Gegenüber April 2019 ist sowohl deren absolute Zahl als auch deren Anteil an allen ELB relativ stark zurückgegangen. Überwiegend handelte es sich bei den betreffenden Personen um sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Teilzeit sowie ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Mit Blick auf die **Merkmalsstruktur der ELB** ergab sich, dass es sich – zum Stand Juli 2023 – bei jeweils etwas mehr als der Hälfte um Ausländer*innen und Frauen sowie bei mehr als vier Fünfteln um unter 54-Jährige handelte. Hinsichtlich des Bildungs- und Qualifikationsniveaus stellte sich für die Teilgruppe der arbeitssuchenden ELB eine ähnliche Struktur heraus wie bei Langzeitarbeitslosen: Zum Stand August 2023 verfügte etwas mehr als ein Drittel nicht über einen Hauptschulabschluss, knapp drei Viertel konnten keine abgeschlossene (oder anerkannte) Berufsausbildung vorweisen. Im Vergleich zu August 2019 haben sich beide Anteilswerte erhöht. Wie bei der Betrachtung der Langzeitarbeitslosen konnte auch mit Blick auf arbeitssuchende ELB konstatiert werden, dass es an **ausgeprägten Stabilisierungs- und (Nach-) Qualifizierungsanstrengungen** bedarf, um die Humanpotenziale besser ausschöpfen zu können.

Vor diesem Hintergrund ist es bedenklich, dass bei Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen bisher **keine Trendwende bei den Förderaktivitäten** erreicht werden konnte. Trotz einer im Zuge der Corona-Pandemie und auch jüngst wieder gestiegenen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit liegen die Neuzuweisungen in Fördermaßnahmen sowie die Förderbestände immer noch relativ weit hinter den Niveaus des Jahres 2019 zurück. Langzeitarbeitslose werden überdies eher unterproportional in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik einbezogen.

Eine **Verfestigung von Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug** gilt es wegen individueller, familiärer und gesamtgesellschaftlicher Negativfolgen zu vermeiden. (Langzeit-)Arbeitslose und ELB sollten daher nach Kräften **motiviert, gefördert und (nach-)qualifiziert** werden, damit die Betroffenen und ihre Kinder **bessere Perspektiven** hinsichtlich der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in den Arbeitsmarkt entwickeln und ihre Bedürftigkeit beenden können. Der Frage, wie angesichts einer Vielzahl an offenen Stellen mehr Menschen in bedarfsdeckende Arbeitsverhältnisse gebracht werden können, sollte dabei nicht nur mit monetären, sondern insbesondere auch mit **sprach- und berufsqualifikatorischen** sowie **strukturellen Maßnahmen** (z. B. Wiederbelebung der Qualifizierungs-/Fördermaßnahmen, Ausbau der Betreuungsangebote, Verbesserung der Bildungsqualität, Investitionen in den Wohnungsbau) begegnet werden. Wegen der angespannten Personal- und Infrastruktursituation ist dabei ein sehr gezieltes Vorgehen vonnöten.